

## Kurier zu Honecker?

Führende SPD-Politiker haben Bundeskanzler Helmut Schmidt mehrfach bedrängt, noch vor den Bundestagswahlen einen Bonner Spitzenpolitiker nach Ost-Berlin zu senden. Der Kanzler solle deutlich machen, daß der deutsch-deutsche Dialog trotz des geplanten Treffens des Kanzlers mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker weitergeht. SPD-Chef Willy Brandt hat Schmidt empfohlen, entweder den für die Deutschlandpolitik zuständigen Staatsminister im Kanzleramt Gunter Huonker oder dessen Vorgänger Hans Jürgen Wischniewski als Vorboten zu schicken, um noch rechtzeitig zum 5. Oktober einen Wahlkünstler zu produzieren. Schmidt lehnte ab

— vorläufig. Er zweifelt, daß ein solcher Ausflug konkrete Ergebnisse bringen könne. Überdies hält es der Kanzler nach wie vor für möglich, daß er noch in diesem Jahr in die DDR reisen kann.

## US-Palmen für Gaddafi

Amerikas Libyen-Beziehungen schlagen Wurzeln. Jimmy Carters Skandalbruder Billy hat dem libyschen Diktator Muammar el-Gaddafi außer guten Kontakten zu amerikanischen Regierungsstellen auch 25 000 US-Palmen verkauft. Gaddafi übernahm die Tropenbäume zum Stückpreis von 50 Dollar, obwohl aus dem Nachbarland Tunesien eine Gegenofferte vorlag — das Stück zu drei Dollar.

## Geißlers Kampf ums „ä“

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler reagierte blitzschnell. Drei Minuten nachdem letzten Donnerstag in der Südwestfunk-Sendung „Tribüne der Zeit“ das Zitat eines Wahlkampf-Spruchs von ihm verlesen worden war, meldete sich der CDU-General beim Sender und drohte mit Konsequenzen. Die Meldung über einen Spruch der Wahlkampf-Schiedskommission enthielt einen Indikativ, wo Geißler lieber einen Konjunktiv gesehen hätte. Daß er der SPD eine naziähnliche Kampagne gegen Strauß vorgeworfen „hatte“, sei falsch, monierte Geißler: Es hätte „hätte“ heißen müssen. Der Südwestfunk will künftig „ä“ statt „a“ sagen.

## „Den Griff der Axt auch noch vergoldet“



Verfassungsrichter Zeidler

Ober die Bedeutung des Eigentumbegriffs in Verfassung und Gesetzgebung dachte ein Richter laut nach, dem sein Amt sonst Zurückhaltung auferlegt: Wolfgang Zeidler, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts. Auszüge aus seinem Vortrag auf dem 53. Deutschen Juristentag letzte Woche in West-Berlin:

Die Rechtsprechung der Zivilgerichte hat sich nicht selten dahin ausgewirkt, daß Eigentum in der Hand eines Reichen und Mächtigen auch wirken konnte wie eine gegen die Mitmenschen gerichtete Waffe. Gerade in dieser Stadt (West-Berlin) besteht, wenn man in diesem Zusammenhang über Grundwerte

spricht, Veranlassung zur Erinnerung an den Ausspruch Heinrich Zilles, daß man mit einer Wohnung einen Menschen ebenso ermorden kann wie mit einer Axt. Und die Rechtsprechung der Zivilgerichte zu Inhalt und Reichweite des Eigentums lief oft weniger darauf hinaus, dem Täter die Axt zu entwenden, als vielmehr darauf, ihren Griff auch noch zu vergolden.

In Anwendung auf das Thema von Belastungsverschiebungen im Steuerrecht hat der Bundesfinanzminister am 7. Mai 1979 in Bonn vor dem Deutschen Steuerberatungskongreß hierzu ausgeführt, daß „Besitzstände und Vergünstigungen in

großem Umfang kaum je ernsthaft in Frage gestellt werden können“.

Fast könnte man glauben, Hans Matthöfer habe mit dieser Formulierung Ulrike Meinhof übertroffen: Ihm sei mit der Formulierung eines präzisen Satzes gelungen, eine überzeugende Begründung für den Terrorismus zu liefern, was sie mit allen schriftstellerischen Bemühungen niemals erreicht hat. Würde nämlich diese Bemerkung des Bundesfinanzministers tatsächlich ein wirksames konstituierendes Prinzip unseres Staatswesens zutreffend beschreiben, könnte man Bestrebungen zum Gebrauch von Gewalt als Mittel des politischen Handelns nicht mit Überzeugungskraft widersprechen.

Wo die Möglichkeit zur Reform fehlt, wird Revolution legitim. Freilich zeigt seine Hinzufügung: „So wie die politischen Realitäten nun einmal sind“, daß er nicht von einem normativen Maßstab ausging, sondern einer Beschreibung der — insbesondere für ihn — leidvollen politischen Wirklichkeit.

Insoweit kann ihm nicht widersprochen werden. Fällt in einer politischen Auseinandersetzung mit Bezug auf konkrete Interessen das Stichwort „Besitzstandswahrung“, ist es meist zu Ende mit der Entscheidungsfähigkeit; kommt noch die Beifügung „sozialer Besitzstand“ hinzu, scheint es manchmal sogar mit der Denkfähigkeit vorbei zu sein.